

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Gesamtsumme 25 241.  
Kur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 4.—.  
Die 11paltige 32 mm breite Zeit. M. 9.—, außerhalb Sachsens M. 11.— Familienangehörigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsamt, 1 paltige An- und Verhändler M. 7.—, Sachl. Anzeigenpreise laut Tarif. Unverzügliche Rückgabe gegen Vorauszahlung. Einzelpreis des Doppelblattes M. 1.50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Giesch & Neißner in Dresden.  
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22 | Berliner Haus:  
Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 | Berlin W 56, Französische Straße 33a

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte • An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere und Verwaltung derselben • Besondere Abteilung für ausländische Währungen • Feuer- und diebssichere Stahlkammer

## Ein Kompromißweg im bayerischen Konflikt?

Die zwei Möglichkeiten des Reiches.

Die verregte Kabinettsitzung.  
(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 27. Juli. Der für heute vormittag 11 Uhr anberaumte Ministerrat, dem Reichspräsident Ebert präsidieren sollte, ist in letzter Stunde vertagt worden, weil Präsident Ebert infolge wichtiger Unterredungen verhindert ist, daran teilzunehmen. Wann der Ministerrat stattfinden wird, steht zurzeit noch nicht fest. Der Ministerrat sollte die endgültigen Beschlüsse über die Bayern gegenüber zu treffenden Maßnahmen fassen. Die Vorverhandlungen, die Präsident Ebert eingeleitet hatte und die durch die Rückkehr des Reichspräsidenten Ebert eine Erweiterung erfahren haben, sind jedoch, wie die „N. Z.“ erzählt, noch nicht zum Abschluss gelangt. Diese Vorbereitungen bewegen sich in der Richtung der Konfliktentspannung. Die Vorverhandlungen sollen deshalb zu Ende geführt werden. Zur Erwägung stehen innerhalb der Reichsregierung zwei Möglichkeiten des Vorgehens: Entweder die Abgabe einer Erklärung durch den Reichspräsidenten, daß die bayerische Verordnung mit den Reichsgesetzen in Widerspruch steht, in welchem Falle Bayern aufgefordert werden müßte, sie zurückzunehmen, um zu vermeiden, daß das Reich Bayern dazu „anhaltend“ muß, oder die Anrufung des Staatsgerichtshofes des Deutschen Reiches, dessen Urteil wiederum der Reichspräsident zu vollziehen hat. Ein formeller Antrag zur Einberufung des Reichstags ist noch nicht erfolgt. Sie ist auch, wie die „N. Z.“ hört, nicht beabsichtigt, selbst wenn der Reichspräsident die Ungültigkeitserklärung gegenüber der bayerischen Verordnung nicht erläßt oder der Reichspräsident das Plenum nicht von sich aus einberuft. Präsident Ebert, der erst gestern abend während der Sitzung des Beobachtungsausschusses von der Reize zurückgekehrt ist, hatte heute vormittag Besprechungen mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler.

Die „Voss. Ztg.“ meldet, hat man es gestern in unterrichteten Kreisen für wahrscheinlich gehalten, daß der Reichspräsident von sich aus Schritte zur Beilegung des Konfliktes tun werde, und zwar in der Form, daß der Reichspräsident nicht unmittelbar von seinem Rechte, die Aufhebung der bayerischen Verordnung zu fordern, Gebrauch machen wird, sondern daß er der bayerischen Regierung den Weg zeigt, der sie selbst wieder auf den Boden der Verfassung zurückführen kann. Dem Blatt zufolge wird von München bereits angeben, daß sich ein Kompromiß auf der Grundlage schließen läßt, daß Bayern einerseits den Widerstand gegen die Befehle zum Schutze der Republik aufgibt, und die Reichsregierung andererseits das Angebotsrecht, beim Staatsgerichtshof einen besonderen bayerischen Senat einzurichten, und später bei dem Inkrafttreten des Reichskriminalgesetzes eine besondere bayerische Abteilung. Es wird angekündigt, daß Graf Perchtold nach Berlin kommen werde, um mit der Reichsregierung darüber zu verhandeln.

Der Dena zufolge erwägt man in Regierungskreisen offenbar, ob die Krise nicht durch eine persönliche Fühlungnahme mit den bayerischen Staatsmännern

aus der Welt zu schaffen ist. Man erwartet gewisse Nachrichten aus Bayern, die zur Erleichterung der Situation beitragen könnten. Jedenfalls erkläre man in Regierungskreisen, daß die Situation noch nicht völlig geklärt sei und daß man sie noch nicht übersehen könne, als daß bereits jetzt eine Entscheidung getroffen werden könnte.

### „Lächerliche Drohungen.“

Die Generalkreisfälligkeit der Sozialisten.  
(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 27. Juli. Der Volkswirtschaftler der Bayerischen Volkspartei, Dr. Schlittenhauer veröffentlicht heute unter der Überschrift „Lächerliche Drohungen“ gegen etwaige Generalkreisfälligkeit eine Warnung, in der es heißt: „Die sozialistischen Kraftmeier wollen uns Angst einjagen. Die Herren sollen nur den Generalkreis in Bayern probieren. Vielleicht geht es ihnen dann wie beim Metallarbeiterstreik. Die Herren von der Sozialdemokratie dürften von den Kappitagen her noch wissen, daß insbesondere die Landwirtschaft ein sehr kräftiges Gegenmittel gegen den Generalkreis hat, nämlich den Lieferantstreik. Die bayerischen Bauern werden schwerlich gesonnen sein, jetzt in der Erntezeit die bayerische Wirtschaft durch einen Generalkreis ausgebeuteter Arbeiter lahm legen zu lassen.“

Die Pläne von der Abschneidung Bayerns von den Rohstoff- und Kraftquellen des übrigen Reiches sind keineswegs abgelehnt. Wenn sie uns heute keine Röhre mehr schiden, so kaufen sich sofort die Tschechen, die Engländer, die Franzosen und die Verleger Bayerns mit Kohle. Auslandskohle ist heute in Bayern kaum mehr teuer, als Inlandskohle. Zudem bezieht Bayern heute schon 33 Prozent seines Kohlenbedarfes aus dem Ausland. Kohle können sie uns nicht absperrern, weil sie selber nicht genügend haben. Sie sind ja selber gezwungen, im Ausland zu kaufen, und das können wir Bayern auch. Zement haben wir im Süden mehr als der Norden. Mit fremder Kohle können wir uns auch genügend andere Baumaterialien aus einheimischen Rohstoffen beschaffen. Die Strohstrohferzeugung an der Nahe reicht weit für Bayerns Bedarf. Absperrern können sie uns einzig und allein das Kali, wenn die Kali-Industrie sich das gefallen läßt. In diesem Falle mühten wir Kali aus Vorkirgen beziehen, so gut wie die Norddeutschen.

Im übrigen haben auch die Bayern den übermächtigen Brüdern unter den norddeutschen Sozialisten etwas abzuperrern, nämlich Fleisch, Milch und sonstige Fettprodukte, Eier, Käse in solchen Mengen, daß die Herren bald merken werden, daß sie Bayern nicht schürzeln können, ohne selber im eigenen Magen ein heftiges Krurzen zu verspüren.

## Fraktionstagung der Deutschnationalen Volkspartei.

Die deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages hielten, wie die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei berichtet, am 25. Juli in Berlin unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Bergl eine zahlreich besuchte Tagung ab, in der in einer längeren Aussprache die Erklärungen der Abgeordneten Dr. Düringer, Penning, v. Graefe-Goldebeck und Walle zu der Frage ihres Ausscheidens aus der Fraktionsgemeinschaft behandelt wurde. Die Aussprache ergab die solidarische Auffassung der Versammelten in dieser Angelegenheit. Die Tagung trat einmütig der Verlautbarung der Pressefakten der Parteileitung bei, wonach an der positiven Einstellung der Partei unbedingt festzuhalten ist. Die Fraktionen traten sodann in eine Besprechung der politischen Lage ein. Die Reichstagsfraktion nahm darauf die bereits mitgeteilte Entscheidung gegen die Annahme des Memorandums des Garantiekomitees durch die Reichsregierung an.

### Eine „Freiheitlich-Völkische Partei“?

Wie eine Berliner Korrespondenz zu berichten weiß, beabsichtigt Abgeordneter Wulle, mit den gleichzeitig aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten eine neue Partei, und zwar die „Freiheitlich-Völkische Partei“, ins Leben zu rufen. Von deutschnationaler Seite wird der Korrespondenz mitgeteilt, daß die Anhängerschaft der aus der Partei ausgeschiedenen Abgeordneten nur gering sein kann, so daß die Gefahr einer Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen erscheint.

Wiedererscheinen des „Deutschen Abendblattes“  
Wie die Dena erzählt, wird das „Deutsche Abendblatt“ wieder erscheinen. Es hat inzwischen eine andere Druckerei gefunden, in der es von nun an hergestellt wird. Die Differenzen mit der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ waren dadurch entstanden, daß das „Deutsche Abendblatt“ bereits einen ziemlich hohen Kredit in Anspruch genommen hatte und die Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ sich weigerte, den Kredit noch weiter zu erhöhen.

## Die Spaltungsgerichte über die Deutsche Volkspartei.

Reichstagsabgeordneter Dr. Duagy veröffentlicht in der Nationalliberalen Korrespondenz eine Zuschrift, in der es heißt:

„Aus Anlaß der Annahme des sogenannten Schutzgesetzes gehen in der Linkspresse wieder wilde Gerüchte über Spaltungen in der Deutschen Volkspartei um. Da hierdurch mein Name besonders genannt wird, möchte ich dazu Stellung nehmen.“

Die Spaltungsgerüchte treten immer dann auf, wenn die Linke selbst in großen taktischen Schwierigkeiten steckt. Das ist jetzt der Fall. Die Sozialdemokratie hat wieder den Zauberspruch geäußert. Sie wird die Massen der Straße und die linksradikalen Brüder, die sie zu Hilfe rief, nur schwer wieder los. So bestand die Gefahr, daß das Reich in Neuwahlen hineintam. Neuwahlen hätten namentlich den Franzosen den Vorwand zu weiteren Bedrückungen und zu weiteren Hinausgerungen der endgültigen Friedensverhandlungen abgeben können und auch innerlich schwerlich zur Vergebung und zur Förderung der Arbeit gedient. Diese Erwägung führte dazu, daß in vollem Einvernehmen der gesamten Reichstagsfraktion sich eine Mehrheit zur Zustimmung zu dem Gesetze entschied, die ausreichte, um die verfassungsgemäß erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zu erreichen. Ebenso war die Fraktion in der materiellen Beurteilung des Gesetzes einig. Alles war bereit, dem Staate scharfe Strafbefugnisse gegen Ränder- und Umhurzorganisationen in die Hand zu geben. Alles war einig in der Beurteilung der Bestimmungen, die gleichzeitig die Freiheit der Presse, der Vereine und der Versammlungen gefährden und die Meinungsfreiheit des Beamtenums in rückwärtiger Weise einengen, ferner in der Beurteilung der Ausdehnung der Denunziationspflicht, endlich in der Beurteilung der Zusammenfassung der Auslandsmehrgerichte. Dadurch, daß die Deutsche Volkspartei dem höchst mangelhaften und bedenklichen Gesetze aus höheren außenpolitischen und innenpolitischen Rücksichten zur Annahme verhalf, hat sie wieder ein Opfer gebracht, durch das der jetzigen Regierung überhaupt der Fortbestand ermöglicht ist.

Der Versuch der sozialdemokratischen Gewerkschaften, entgegen ihren eigenen alten, guten Traditionen, mit Hilfe der Straße das parlamentarische, verfassungsmäßige Reglement über den Dausen zu rennen, zeigt deutlich genug, wie notwendig eine gemeinsame Abwehr der national- und christlichgesinnten Bürger und Arbeiterkreise ist.

### Tagung des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten.

(Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 27. Juli. Regelmäßige Erscheinungen, wie sie sich unter den Eisenbahnern im Anschluß an den Eisenbahnerstreik bemerkbar machten und schließlich zu einer Spaltung im Deutschen Beamtenbund und zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes geführt haben, sind auch in den Kreisen der Postbeamten zutage getreten, so daß sich der 1 1/2 Millionen Mitglieder zählende Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten veranlaßt gesehen hat, zur Klärung dieser Frage einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Die Tagung, für die zwei Verhandlungstage vorgesehen sind, nahm heute in Berlin ihren Anfang.

## Zahlungserleichterung gegen Aufgabe der Reichseinheit.

Ein „solider“ französischer Plan.

Paris, 27. Juli. Offenbar unter dem Eindruck der bayerischen Krise schreibt Senator Berenger im „Matin“: Wohin führt uns Cloud George? Zu einem Moratorium! Aber das ist nicht sein Hintergedanke; denn der Zweck ist, eine wesentliche Herabsetzung der deutschen Schulden zu erlangen, eine solche Herabsetzung, daß Deutschland eine größere Anleihe begeben kann, die ihm gestattet würde, sich mit einem Schlag der Schulden zu entledigen. Erklären wir uns bereit, die Frage zu erörtern, aber unter der Bedingung, daß das Deutsche Reich in die Staaten angelehnt wird, aus denen es besteht, und zwar gleichzeitig mit der Herabsetzung der deutschen Schulden, so daß die Lasten der deutschen Anleihe auf die verschiedenen Staaten verteilt werden und daß sie von jedem einzelnen dieser Staaten für den Anteil, der ihm zufällt, verbürgert werden! Das wäre ein solides Terrain, auf dem wir nicht geschlagen werden könnten. Damit könnten wir auch die Legende vom Militarismus Frankreichs beenden. Dem könnten wir zustimmen.

## Die Londoner Konferenz bis September verschoben?

London, 27. Juli. Die „Times“ versichert, in ministeriellen Kreisen werde davon gesprochen, daß die Zusammenkunft des englischen mit dem französischen Ministerpräsidenten wegen der italienischen Ministerkrise und des Ruhebedürfnisses der englischen Minister, die eine anstrengende Parlamentsession hinter sich hätten, vielleicht erst im September stattfinden würde. Auch der politische Korrespondent der „Birmingham Gazette“ spricht von der Möglichkeit, daß Poincaré später als vorgesehen, vielleicht erst im September, nach London kommen werde. Deutschland würde in diesem Falle für die Reparationszahlungen im August ein Moratorium gewährt werden. Die französische Regierung werde diesem Aufschub zustimmen; denn ein neuer Sturz der Wall würde den französischen Franken mit sich ziehen. Der Korrespondent schreibt weiter, im Augenblick sei der Stand der Frage der italienischen Schulden unverändert. Er höre, die britische Re-

gierung sei nicht geneigt, irgendeinen Schritt im Zusammenhang mit dem Erlaß der französischen Schulden zu tun. Wenn indessen Frankreich bereit sei, gewissen Bedingungen, die an diesen Erlaß geknüpft würden, zuzustimmen, dann würde sofort das Reparationsproblem in näher Zukunft von dieser Stelle aus in Angriff genommen werden können. (W. T. Z.)

Berlin, 27. Juli. Wie aus London gemeldet wird, rechnet man im dortigen Auswärtigen Amt damit, daß der Besuch Poincarés um etwa zwei Wochen hinausgeschoben werde, als Folge von Cloud Georges Versuch, die Konferenz so umfangreich als möglich zu gestalten. Die nationalpolitische Pariser „Liberté“ findet es verdächtig, daß ministerielle Londoner Organe andeuten, vor Gewährung eines Prioritätsrechtes für den Wiederaufbau müsse an die Interessen Serbiens, Rumaniens und Griechenlands gedacht werden. Das Klinge so, als komme Cloud George auf seinen Plan einer Konferenz aller Unterzeichner des Versailler Vertrags zurück.

## Der Bau eines Riesenzeppelins für Amerika.

Berlin, 27. Juli. Nachdem der Vorkonferenzrat auf Grund des Erfinders der Regierung der Vereinigten Staaten den Bau eines für letztere bestimmten Zeppelins beschlossen hat, wird amtlich eine entsprechende Verordnung erlassen, in der es heißt: Die Luftzeppelin G. m. b. H. in Friedrichshafen am Bodensee wird ermächtigt, ein starkes Luftschiff von 70000 Kubmeter Gasinhalt zu bauen und zu probefliegen in Deutschland verkehren zu lassen. Der „Deutsche Flug. Ztg.“ zufolge handelt es sich um ein Schiff von 200 Meter Länge, 30 Meter größten Durchmesser, 88 Tonnen Gesamtgewicht und 41 Tonnen Nutzlast, dem 5 Motoren von je 400 PS eine Geschwindigkeit von 125 Kilometer erteilen sollen. Die Bauzeit ist auf 1 1/2 Jahr berechnet.

Dollar (Amtlich): 520,50